

rüft zur Abrechnung! Abrechnung zunächst beim Probestorn der kommenden Wahlen, wo es zu zeigen gilt, ob die Vertreter eures Willens auf die Tribüne des Parlaments oder schelmische Vertreter in die Tagesskammern des Reichstages senden wollen! Abrechnung darüber hinaus, wenn es ernst wird, im Kampf um die Macht, im Kampf um den Sturz der korrupten, verberberischen Herrschaft der Bourgeoisie!

### Zur Regierungsbildung in Streik

**Ein Fehler unserer Parteigenossen**  
In der Donnerstagssitzung des Reichstages stand der von den früheren Regierungsparteien — Deutschnationalen und Demokraten — eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die sozialdemokratisch-volksparteiliche Regierung v. Reubens und Heipertz zur Abstimmung. Bereits in der vorhergehenden Sitzung des Reichstages haben die Vertreter der kommunistischen Partei eine Erklärung ab, daß sie bereit sind, für eine sozialdemokratische Regierung zu stimmen, aber gegen jede Form der Koalition den lächerlichen Kampf führen werden. Der sozialdemokratische Landtagspräsident antwortete auf die Erklärung der Kommunisten mit der Ernennung des Sozialdemokraten v. Reubens und des vorkommunistischen Abgeordneten Dr. Heipertz zu Ministern. Vor der Abstimmung über den deutschnational-demokratischen Mißtrauensantrag haben die kommunistischen Abgeordneten erneut eine Erklärung ab, in der noch einmal ihre Bereitwilligkeit, für eine sozialdemokratische Regierung zu stimmen, unterstrichen, und von der sozialdemokratischen Fraktion eine bindende Zusage gefordert wurde, daß sie nicht für den vorkommunistischen Minister zustimmen werde. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte eine solche Zusage ab und bekannte sich offen zur Bündnispolitik mit der Volkspartei. Auf dieses sozialdemokratische Bekenntnis zur Koalitionspolitik antworteten die kommunistischen Abgeordneten mit der Zustimmung zu dem gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensantrag. Die Einbringung eines eigenen begründeten Mißtrauensantrags durch unsere Genossen konnte nicht erfolgen, da sie keine Fraktionsstärke haben.

Da die Annahme des Mißtrauensantrags gegen die Minister Reubens und Heipertz nicht mit dem Rücktritt der Regierung beantwortet wurde, brachten die Deutschnationalen einen Antrag ein, den beiden Staatsministern die Weiterführung der Geschäfte zu erlauben. Dieser deutschnationalen Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Volksparteier, der Bauernpartei, der Bauernpartei und der drei kommunistischen Abgeordneten abgelehnt. Die Ablehnung war ein Fehler unserer Genossen, die zuvor der Koalitionspolitik das Mißtrauen ausgesprochen hatten. Aus unserer Stellung zur Koalitionspolitik ergab sich für unsere Genossen im Reichstages Landtag die Verpflichtung, den Sturz der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie festzuhalten, die Auflösung des Reichstages herbeizuführen.

Nach einer Mitteilung der Tagesblätter sind die ernannte Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und den bisher in Opposition stehenden Demokraten eingeleitet, um diese zur Unterstützung der sozialdemokratisch-volksparteilichen Regierung zu gewinnen. Die Sozialdemokraten versprechen dafür den Demokraten das Amt des Landtagspräsidenten, das bis jetzt der Sozialdemokrat Dr. Roth innehatte. Die Demokraten werden dieses Angebot wahrscheinlich annehmen.

Diese neuen Verhandlungen unterstreichen nochmals den Fehler unserer Genossen, die es verstanden, durch die obige falsche Abstimmung die sozialdemokratisch-volksparteiliche Regierung zu stützen und die Auflösung des Reichstages zu verhindern.

### Abgeordneter Kailer, Ankam

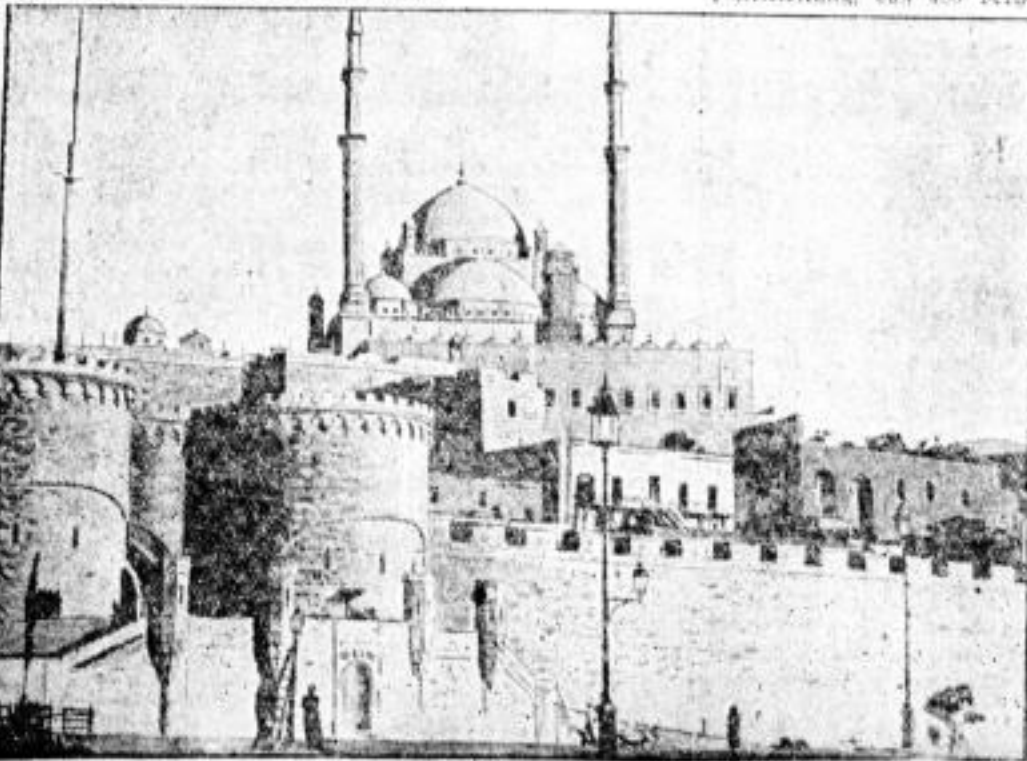
Der neue SPD-Vertreter in Preußen ein Vorkämpfer  
Der Dresdener Arbeiter teilte heute früh mit, daß der Abgeordnete Kailer, Ankam, der im Reichstages Landtag mitgeteilt hat, daß er in Zukunft die Reichstages-Abgeordnete Partei führen werde, ist nicht von der SPD zur SPD übergegangen, sondern kommt aus dem Lager der Vorkämpfer Partei. Dieser Übertritt des Vorkämpfers zur SPD zeigt die geringe Verwandtschaft zwischen den beiden Parteien. Der Übertritt ist nicht sehr groß, so daß dem Vorkämpfer der Wechsel nicht schwer gefallen sein dürfte.

### Billjudstis falschfährliche Pläne

**Beseitigung des Parlaments**  
Aus Romo wird gemeldet: Das offiziöse Blatt der italienischen Regierung gibt bekannt, daß Mussolini die vollständige Abschaffung des Parlaments plant. Er will an Stelle des Parlaments der Handelskammer, der Landwirtschaftskammer und einer neu zu schaffenden Arbeiterkammer größere Rechte einräumen. Er wird betonen, daß die Regierung Abgeordnete ernannt, und diese sollen dann mit diesen Kammern gesetzgeberische Pläne ausarbeiten.  
Gestern noch lobte die SPD den Sieg Billjudstis.

## Die Rüstungen gegen Arabien

Die Engländer haben, wie aus London gemeldet wird, in Koweit geteilt indische Infanterie gelandet. Eine weitere Anzahl Flugzeugabwehr hat den Auftrag erhalten, sich für die Abfahrt nach dem Irak bereitzustellen. Die Engländer verstärken ihre Truppen und halten die Matrosen angreifsbereit. Daneben bemüht sich der englische Vertreter bei Ibn Saud, den Konflikt beizulegen. Die englischen Imperialisten wissen, daß die Aufrüstung des heiligen Krieges sehr starke Rückwirkungen auf Indien, auf Mesopotamien haben kann. Die englische Kolonialmacht wird aufs neue schwer erschüttert.



Stadelle von Kairo

Die Zwingsburg des britischen Imperialismus

## Der kulturfeindliche Innenetat

Im Ausschussbericht des Reichstages wurden am Donnerstagabend und Freitagmorgen die Beratungen über den Reichsinnenetat fortgesetzt.

Genosse Torgler nahm insbesondere zur Geltung Reubells gegen die Familien Stellung. Der einzige Vortrag des Innenministeriums sei gewesen, daß von seiner Arbeit in Beamtenfragen nicht viel bemerkt worden sei. Die Reubellen behaupteten, daß die Reichsdienstverordnungen hätten den Beamten genügt, um die reaktionäre Einstellung des Innenministeriums zu erkennen. Besonders des Beamtenvertretungsrechtes sei ihm außerhalb mangelhaft worden, daß Herr Reubell selbst die Schuld an der Verhinderung trage. Wenn der Minister den Ländern die Schuld wüchse, sei das eine faule Audienz. Volkstommen absehend verhalte sich der Minister in der Frage der Beamtenvertretung. Kommunistische und sozialdemokratische Anträge seien seit Jahren im Beamtenauschuß. Die Beratung sei stets am Ministerium des Innern geblieben. Das läßt aber jedes Wochen habe er als Vorsitzender des Beamtenauschusses nichtschallig an Herrn von Reubell geschrieben, aber bis heute keine Antwort erhalten.

Genosse Torgler kennzeichnet dann den Kundstanz als ein ansehnliches Klaffen im Innern der Bourgeoisie. Das Gebilde des Staatsoberhauptes Dr. Brüderow von der Reaktionsität des Kundstanzes werde dadurch gekennzeichnet, daß Militärärzte, kirchliche Ämtern, nationalistiche Schreier von Schläge des Kapitans Altschick zum künftigen Repräsentanten der Kundstanz gehörten. Die Arbeiter und ihre Organisationen würden entweder völlig ausgeschlossen oder heillosen Schlägen und niederträchtigen Bestrafungen unterworfen. Die 80 bis 90 Prozent werktätigen Kundstanzteilnehmer müßten sich die organisatorischen Voraussetzungen schaffen, um den Kundstanz für den Klassenkampf zu erobern.

Genosse Rosenbaum interpelliert erneut Herrn von Reubell wegen der Verfolgung der kommunistischen Bewegung in Bayern und der Jugend- und Kinderbewegung des Proletariats insbesondere in Bayern, Württemberg und Thüringen. Es sei ein Skandal, daß der Minister auf die diesbezüglichen Fragen keine vernünftige Auskunft gebe. Wenn er aber zu einer klaren Stellung genommen hätte und erklärt habe, daß in Bayern vom 17. Februar ab kommunistische Wahlvereinigungen erlaubt seien, so entsprächen diese Erklärungen nicht den Tatsachen. Erst am vergangenen Sonntag sei in Regensburg eine kommunistische Versammlung durch die Polizei aufgelöst worden.

Der Minister gibt schließlich unter härmlichem kommunistischen Protest die unrichtigste Erklärung ab, er werde auf kommunistische Anfragen in der Generaldebatte nicht antworten.

In der Freitagvormittags-Sitzung werden eine Reihe von Kulturpropositionen des Innenministers der Einzelberatung unterzogen und eine Reihe von Bestimmungen vorgeschlagen. In der Begründung verschiedener kommunistischer Forderungen verlangt

### Genosse Rosenbaum

er eine Erhöhung der Ausgaben zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke von 17 auf 25 Millionen Mark. Natürlich wird dieser Antrag abgelehnt, wobei die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen in einer Front stehen. Auch die Erhöhung dieser Summe auf 2 Millionen Mark, die die SPD beantragt, wird abgelehnt. Der Bürgerblock-Etat verlangt unter anderer Masse (Kultur-gemeinnütziger Einrichtungen) eine Million Mark für kirchliche Organisationen und Institutionen. Der kommunistische Redner beantragt, daß im vorigen Jahre vom Minister erklärt worden sei, auch die freigelegten Gebäude würden berücksichtigt werden, was jedoch nicht der Fall gewesen sei. Die SPD fordert die Verbilligung dieses Titels um die Hälfte durch die Vordereinstellung großer Unterhaltungsanstalten und Vereinen der Arbeiterklasse verwendet werden. Wenn der Ausbau auch das abschließen würde, so fordere die SPD 200.000 Mark zur Förderung der Arbeiterorganisationen und ihrer Ziele. Auch diese kommunistischen Forderungen werden abgelehnt. Herr Wismar wollte zwar die Million für die Kirche um 200.000 Mark erhöht haben. Des weiteren fordert die SPD die Mittel für das Fortbildungswesen für das der „Kulturetat“ ganz 200.000 Mark zur Verfügung gestellt zu werden. Auch hier stimmen Sozialdemokraten und Bürgerliche gegen den Antrag. Die SPD beantragt sich mit einer Million. Zu dem Titel „Erziehungsbekanntnisse“ in Höhe von ganzen 600.000 Mark wollte Genosse Rosenbaum sein, doch es hat geradezu um eine Komödie handelte. Die Verfassung, die sich wieder als ein Achten Papier kennzeichnet, verleihe die Möglichkeit des Aufstiegs begabter Kinder ohne Rücksicht auf die materielle Lage der Eltern bis zur Hochschule. Dieses Ziel könne natürlich nur erreicht werden bei einer Einheitslichkeit und Unparteilichkeit des gesamten Erziehungswesens. Wenn die SPD deshalb 25 Millionen fordere, so sei das gewiß

noch nicht ausreichend. Es sei aber eine Mindestforderung zu erheben sei. Bürgerliche und Sozialdemokraten lehnen diesen Antrag rundweg ab. Schließlich wird schließlich die Summe um 200.000 Mark (!) zu erhöhen.

Eine Reihe von Entschuldigungen, die die SPD eingebracht hat, werden abgelehnt. Darunter befindet sich die Forderung, die Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit für die Arbeiterklasse Wagners überzähligen Bericht zu erlassen. Die Regierung, über ihre Maßnahmen Bericht zu erstatten. Die Forderung, die Verbote der Jugend- und Kinderorganisationen der Arbeiterklasse aufzuheben, wird ebenfalls von den Bürgerlichen abgelehnt. Für die Zurückziehung des Parteiarbeitsgesetzes stimmen nur Kommunisten und Sozialdemokraten. Angenommen wird dagegen eine sozialdemokratische Entschuldigungen, die in verlässlicher Form die Sicherung der Versammlungsfreiheit in Deutschland fordert. Trotzdem werden die Verfolgungen der Kommunisten in Bayern, Württemberg usw. andauern.

Insipid ist die Stellungnahme nicht nur der bürgerlichen, sondern auch der sozialdemokratischen Abgeordneten zu dem kommunistischen Antrag auf Trennung von Kirche und Staat, Annulierung des bairischen Kantordats und Verbot neuer Kantordats, Verbot staatlicher Unterweisungen an Religionsgesellschaften und Aufhebung des Gottverleiherparagrafen. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten! Daran ist zu erkennen, wie kirchenfreundlich die Sozialdemokraten geworden sind.

In einer Abendung werden die Beratungen fortgesetzt.

### Vertagung des Reichstages bis Dienstag

Der Reichstag vertagte sich nach der Beendigung der Debatte über den Verleumdung, in der die bürgerlichen Redner noch eine Reihe ökonomischer und bezweifelnder Ausschüsse zum Ausdruck brachten, um Material über die bevorstehenden Wahlen zu liefern, bis zum Dienstag dem 13. März 1928. Die Bestimmungen zum Etat des Reichsministeriums werden ebenfalls am Dienstag vorgenommen. Auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung wird die Beratung der Interpellation über die von der Regierung geplante Verfolgung des streikenden Einheitsfontigens von Geizierfleisch stehen. Ebenfalls soll das Heberzeugungsgesetz zur Strafrechtsreform behandelt werden.

### Gebering und die Altsozialisten

Den kaiserlichen Maulhelden, die sich „linke“ Sozialdemokraten nennen, ist die Feststellung, daß die Ausführungen Geberings, die er hier in Dresden machte, sich vollständig mit der Haltung der SPD decken, sehr unangenehm. Sie haben deswegen Gebering veranlaßt, ihnen einen Brief zu schreiben, in dem er die Haltung der SPD verurteilt. Gebering hat denn auch gestern geschrieben, die Volkszeitung drückt dieses Schreiben ab. Was antwortet aber Gebering, wiederum er die sachlichen Feststellungen? Sagt er ein Wort dagegen, daß er wirklich die Politik der SPD macht? Keineswegs. Mit ein paar moralisierenden Redensarten gegen die SPD, die die Partei gespalten habe, versucht Gebering zu blaffen. Gebering behauptet, der Artikel unserer Zeitung sei entstellt, bescheinend ist nur, daß die Volkszeitung einen Tag später fast das gleiche berichtete.

Gebering bemüht sich auch nicht allzusehr, den vergeblichen Versuch zu machen, die Gemeinamkeit und Heberzeugung der SPD abzuhängen, er schreibt:

Wenn es richtig sein sollte — was ich aus der Ferne nicht beurteilen kann und nicht unteruchen will — daß führende Männer der kaiserlichen Altsozialisten bei ihrer politischen Tätigkeit sich in den Gedankenengängen bewegen, die in meinen beiden Beiträgen zu erkennen waren, dann verleihe ich nicht, warum es in Sachen zur Parteipolitik gekommen ist. Wer wegen tatsächlicher Meinungsverschiedenheiten die Arbeiterklasse verpöndert, demut den Normen des Sozialismus. Ich wähle die Position des Proletariats. Die Selbstverständlichkeit gilt für alle Richtungen in der Partei. Ihre Meinung ist nicht gleichbedeutend mit Preisgabe der persönlichen Heberzeugung, sie ist nur die Erfüllung eines hohen Gebotes der Arbeiterklasse. Du füllst die Gehirnschalen deiner Organisation wahr! Ich habe nicht den Eindruck, daß dieses Gebot von allen sogenannten Altsozialisten befolgt worden ist, und darum werde ich die Altsozialisten sein.

Aber es gibt noch einen anderen Grund, der mich nötigt, gegen die Bezeichnung „Altsozialist“ Verwahrung einzulegen. Zu den kaiserlichen „Altsozialisten“, mit deren Führern mich jahrelang der gemeinsame Kampf verband, sind in den letzten Monaten Männer aus dem Reich gekehrt, deren öffentliche Tätigkeit nach meinem Empfinden mit einem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse nichts mehr zu tun hat.

Alter Sozialist — sowohl, nach einer Mitgliedschaft von 25 Jahren, die ich auf diesen Titel wohl Anspruch erheben. Aber „Altsozialist“? — Bitte, nein, das dürfte heute nach Renegatentum und Nationalsozialismus, und in den Geruch mochte ich nicht kommen.

Das ist keineswegs eine Ablehnung der Politik der Altsozialisten. Das einzige was Gebering gegen die Altsozialisten sagt, ist, daß in dieser Partei die Stellung zu erröchten sei. Die Arbeiter dürfen sich aber durch die Ablenkungsgemacht Geberings nicht täuschen lassen.

### 1 Million Franken Wahlgeld gesammelt

Paris, 10. März. (Eig. Deutscher Bericht)  
Die Humanität teilt mit, daß die von der Zeitung vor einigert Zeit veranstaltete Sammlung zur Finanzierung der Kammerwahlen geteilt 1 Million Franken überbrücken hat. Auch bei uns stehen Wahlen vor der Tür. Sammelt Wahlmittel für die SPD!

### Blutige Zusammenstöße

bei Kundgebungen gegen die amerikanische Intervention  
New York, 10. März. (Eigene Drahtmeldung)  
Cattacas: In Venezuela demonstrieren Studenten gegen die amerikanische Intervention und die Rückkehr Amerikas, das Gebiet Venezuela unter sich zu belagern. Es kam zu heftigen Kämpfen gegen die Polizei, wobei 6.000 Personen und 20 Studenten getötet und viele verletzt wurden.  
Nach einer Meldung aus Guayana kam es auf dem 7. Kongress zu neuen Szenen. Der Tumult brach aus im Zusammenhang mit der Intervention Amerikas in Südamerika.

### Vom Schicksal des Hebräer

Georgianer, in den Fahrstuhl schickte getötet ist hier der Präsident, bei der Firma Max Häder bestellte Hilfsarbeiter wurde er ins Aitauer Krankenhaus gebracht. Wieder ein Opfer des kapitalistischen Antreiberstems!

# Gammelt bis Sonntag auf die Listen der W.S!